

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

Ausgabe 10 | 4. bis 17. Mai 2020

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

1. EU-Kommission will Tourismus ermöglichen und erteilt Zwangsgutscheine eine Absage

Die EU-Kommission hat am 13. Mai 2020 Empfehlungen an die Mitgliedstaaten gerichtet, um Reisebeschränkungen aufzuheben und um den Tourismus unter Wahrung des Gesundheitsschutzes wieder zu ermöglichen. Das Tourismus- und Verkehrspaket der EU-Kommission umfasst auch eine Empfehlung, die bekräftigt, dass Reisende einen Anspruch darauf haben, zwischen Gutscheinen und einer Barerstattung für annullierte Tickets (für Flug-, Bahn- und Busreisen sowie Überfahrten mit einer Fähre) oder Pauschalreisen zu wählen. Gleichzeitig möchte die EU-Kommission es für Verbraucher attraktiv machen, auf freiwilliger Basis, Reisegutscheine statt Barerstattung zu akzeptieren. Laut Empfehlung sollten die auf Freiwilligkeit basierenden Gutscheine vor einer Insolvenz des ausgebenden Unternehmens geschützt, mindestens 12 Monate gültig und bei Nichteinlösung nach höchstens einem Jahr erstattbar sein. Sie sollten den Passagieren zudem ausreichende Flexibilität bieten und es ihnen erlauben, auf derselben Strecke zu denselben Konditionen zu reisen. Ferner sollten sie es ermöglichen, eine Pauschalreise mit gleichartigen Leistungen oder gleichwertiger Qualität zu buchen. Überdies sollten sie auf einen anderen Reisenden übertragbar sein.

Das Tourismuspaket enthält folgende Komponenten:

- Eine **Gesamtstrategie für den Aufschwung** im Jahr 2020 und darüber hinaus. Die EU-Kommission weiterhin mit den Mitgliedstaaten daran ar-

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Rudi-Dutschke-Str. 17
10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel
Isabelle Buscke
isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

beiten, einen nachhaltigen Tourismus im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal zu fördern und den digitalen Wandel der Tourismusdienstleistungen voranzubringen.

- Ein gemeinsames Konzept für ein schrittweises und koordiniertes Vorgehen zur **Wiederherstellung der Freizügigkeit** und zur Aufhebung der Beschränkungen an den EU-Binnengrenzen. Falls eine generelle Aufhebung der Beschränkungen aufgrund der Gesundheitssituation nicht vertretbar ist, sollen zunächst die Beschränkungen zwischen Gebieten oder Mitgliedstaaten mit hinreichend ähnlicher epidemiologischer Lage aufgehoben werden.
- Einen Rahmen zur Unterstützung der schrittweisen **Wiederherstellung der Verkehrsdienste** unter Gewährleistung der Sicherheit von Passagieren und Personal. Der Kontakt zwischen Passagieren und Beschäftigten des Verkehrssektors und den Passagieren untereinander soll begrenzt werden muss und die Passagierdichte sollte soweit möglich verringert werden. Außerdem wird auf die Verwendung persönlicher Schutzausrüstungen wie Schutzmasken und auf adäquate Protokolle für den Fall, dass bei Reisenden Coronavirus-Symptome auftreten, eingegangen.
- Eine Empfehlung, die darauf abzielt, **Reisegutscheine für Verbraucher** zu einer attraktiven Alternative zur Barerstattung zu machen. Die Empfehlung bekräftigt, dass Reisende einen Anspruch darauf haben, zwischen Gutscheinen und einer Barerstattung für annullierte Tickets (für Flug-, Bahn- und Busreisen sowie Überfahrten mit einer Fähre) oder Pauschalreisen zu wählen. Die auf Freiwilligkeit basierenden Gutscheine sollten vor einer Insolvenz des ausgebenden Unternehmens geschützt, mindestens 12 Monate gültig und bei Nichteinlösung nach höchstens einem Jahr erstattbar sein. Sie sollten den Passagieren zudem ausreichende Flexibilität bieten und es ihnen erlauben, auf derselben Strecke zu denselben Konditionen zu reisen. Ferner sollten sie es ermöglichen, eine Pauschalreise mit gleichartigen Leistungen oder gleichwertiger Qualität zu buchen. Überdies sollten sie auf einen anderen Reisenden übertragbar sein. Die Gutschein-Regelungen können von der EU-Kommission nach der Meldung durch den betreffenden Mitgliedstaat sehr rasch genehmigt werden.
- Kriterien für die sichere und schrittweise **Wiederaufnahme touristischer Aktivitäten** und für die Ausarbeitung von Gesundheitsprotokollen für Beherbergungsbetriebe wie etwa Hotels. Bei diesen Kriterien handelt es sich um epidemiologische Nachweise, um ausreichende Kapazitäten der Gesundheitssysteme für die Bevölkerung vor Ort und für Touristen sowie um solide Kapazitäten für Überwachung, Kontrolle und Tests und im Bereich der Nachverfolgung von Kontakten.

- Grenzübergreifende Interoperabilität von **Kontaktnachverfolgungs-Apps**. Solche Kontaktnachverfolgungs-Apps müssen auf freiwilliger Basis, auf transparente Weise, für einen beschränkten Zeitraum und unter Wahrung der Cybersicherheit eingesetzt werden. Dabei wird auf anonymisierte Daten zurückgegriffen und die Bluetooth-Technologie genutzt. Zudem muss die Interoperabilität der Apps über Grenzen und Betriebssysteme hinweg gewährleistet sein. Der Zugang zu grenzüberschreitenden Flügen oder allgemeiner zu Reisen sollte nicht von der Verwendung einer App zur Kontaktnachverfolgung abhängig gemacht werden.

Die EU-Kommission wird zusammen mit den Mitgliedstaaten ein Patensystem bewerben, mit dem Gäste ihre Lieblingshotels oder -restaurants durch Gutscheine unterstützen können. Patenschaftsgutscheine können von Verbrauchern über kleine Anbieter im Tourismussektor erworben werden, die aufgrund der Coronavirus-Krise schließen mussten (z. B. Restaurants, Bed & Breakfast, kleine Hotels), und später nach der Wiedereröffnung der Unternehmen gegen Dienstleistungen getauscht werden. Die EU-Kommission wird auch europaweite Werbekampagnen für Europa als weltweit beliebtes Reiseziel fördern.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200513-sicheres-reisen-und-tourismus_de

Mitteilung „Tourismus und Verkehr im Jahr 2020 und darüber hinaus“

https://ec.europa.eu/info/files/tourism-and-transport-2020-and-beyond_de

Mitteilung zu einem abgestuften und koordinierten Vorgehen im Bereich der Freizügigkeit

https://ec.europa.eu/info/files/covid-19-towards-phased-and-coordinated-approach-lifting-internal-border-controls-and-restoring-freedom-movement_de

Mitteilung: Leitlinien zu Verkehrsdiensten und Verkehrsverbindungen

https://ec.europa.eu/info/files/covid-19-guidelines-progressive-restoration-transport-services-and-connectivity_de

Mitteilung: Leitlinien für touristische Dienstleistungen und das Gastgewerbe

https://ec.europa.eu/info/files/covid-19-eu-guidance-progressive-resuming-tourism-services-and-health-protocols-hospitality-establishments_de

Empfehlung zu Gutscheinen

https://ec.europa.eu/info/files/covid-19-recommendation-vouchers-offered-passengers-and-travellers-alternative-reimbursement-cancelled-package-travel-and-transport-services_de

Fragen und Antworten zum Tourismus- und Verkehrspaket

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ganda_20_870

Fragen und Antworten zu den Kontaktnachverfolgungs-Apps

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ganda_20_869

<https://www.vzbv.de/pressemitteilung/europe-needs-break-keine-pause-im-verbraucherschutz>

2. EU-Exekutivagentur für Verbraucherprogramme arbeitet effektiv

Die EU-Kommission hat am 29. April einen Bericht zur Bewertung der Exekutivagentur für Verbraucher, Gesundheit, Landwirtschaft und Lebensmittel (CHAFEA) sowie fünf weiterer Agenturen veröffentlicht. Die Agenturen wurden als spezialisierte Einrichtungen geschaffen, um unter Aufsicht der EU-Kommission bestimmte Aufgaben während der gesamten Laufzeit eines bestimmten Projekts wahrzunehmen. Externe Studien hätten ergeben, dass die sechs Exekutivagenturen wirksam und effizient tätig waren. Für alle sechs Agenturen wurden auch hohe Zufriedenheitsraten bei den Begünstigten der von den Agenturen verwalteten Programme verzeichnet (80 Prozent für die CHAFEA). Die CHAFEA verwaltet Programme in den Bereichen Verbraucher, Gesundheit, Landwirtschaft und Lebensmittelsicherheit. Zu ihren Aufgaben gehören die Beschaffung, das Finanzhilfemanagement und die Organisation politischer Veranstaltungen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=COM:2020:184:FIN&qid=1588252669435&from=EN>

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

1. Kennzeichnung der Energieeffizienz von Reifen

Das EU-Parlament verabschiedete am 13. Mai 2020 eine Aktualisierung der Verordnung über die Kennzeichnung von Reifen. Das neue Design der Reifenlabels wird an das des EU-Energielabels angeglichen. Die niedrigsten Kraftstoffeffizienzklassen, die nicht mehr verwendet werden, wurden gestrichen, damit die Skala klarer und verständlicher wird. Da der Rollwiderstand von Reifen 20 bis 30 Prozent des Kraftstoffverbrauchs eines Fahrzeugs ausmache, müsse dieser Widerstand verringert werden, um die Kraftstoffeffizienz zu erhöhen und die Emissionen zu senken. Außerdem werden Symbole für die Schnee- und Eishaftung eingeführt. Darüber hinaus fallen auch runderneuerte Reifen in den Anwendungsbereich der Verordnung. Die neuen Vorschriften werden für sie gelten, sobald eine geeignete Prüfmethode entwickelt worden ist. Zudem gibt es Bestimmungen über die Aufnahme von Parametern für Laufleistung und Abrieb, sobald geeignete Prüfmethoden zur Verfügung stehen. Die Anwendung der neuen Verordnung beginnt ab dem 1. Mai 2021.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200512IPR78920/neue-reifenlabel-mit-informationen-uber-energieverbrauch-und-haftung>

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0055_DE.html

2. Deutschland hat fast die höchsten Strompreise in Europa

Nach einer Mitteilung vom 7. Mai 2020 von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union (EU), lagen die Strompreise für Haushalte in der zweiten Hälfte 2019 zwischen 10 Euro pro 100 Kilowattstunden (kWh) in Bulgarien und nahe 30 Euro pro 100 kWh in Dänemark (29,2 Euro), Deutschland (28,7 Euro) und Belgien (28,6 Euro). Der Anteil der Steuern und Abgaben an den Strompreisen, die den Haushalten in Rechnung gestellt wurden, machte in der EU im zweiten Halbjahr 2019 41 Prozent aus. Die Spanne reichte im zweiten Halbjahr 2019 von zwei Drittel in Dänemark (64 Prozent) und über der Hälfte in Deutschland (54 Prozent) bis zu lediglich 6 Prozent in Malta. Die Gaspreise für Haushalte lagen in der zweiten Hälfte 2019 bei 7,2 Euro pro 100 kWh, wobei Deutschland etwas darunter lag. Der Anteil der Steuern und Abgaben bei den Gaspreisen betrug im Durchschnitt 31 Prozent.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10826611/8-07052020-AP-DE.pdf/dd69b744-6ecf-9499-0fac-7cf7d27f6168>

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

Europäische Zentralbank prüft digitales Zentralbankgeld für Verbraucher

Das für den Zahlungsverkehr zuständige Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB), Yves Mersch, berichtete am 11. Mai 2020, dass nach einer Erhebung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich von 66 Zentralbanken über 80 Prozent an digitalem Zentralbankgeld (central bank digital currencies) arbeiteten. Die EZB gehöre auch dazu. Dieses Zentralbankgeld könnte in Form von digitalen Wertmarken (digital tokens) oder in Form von Guthaben von Verbrauchern bei der EZB ausgegeben werden. Dafür müssten die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Die EZB würde eine digitale Währung jedoch nur dann einführen, wenn es einen dringenden Bedarf gibt. Wenn es aber soweit ist, werde die EZB bereit sein.

<https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2020/html/ecb.sp200511~01209cb324.en.html>

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. EU-Kommission plädiert für neue EU-Arzneimittelstrategie

Beim virtuellen Treffen der EU-Gesundheitsminister am 12. Mai 2020 erklärte die EU-Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Stella Kyriakides, dass die Coronavirus-Pandemie gezeigt habe, dass eine neue EU-Arzneimittelstrategie erforderlich sei, um die Erschwinglichkeit, Nachhaltigkeit und Sicherheit der Arzneimittelversorgung gewährleisten zu können. Es müsse ein Weg gefunden werden, Arzneimittel in der Europäischen Union herzustellen, wie auch sicherzustellen, dass die Bevölkerung und die Krankenhäuser jederzeit Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln hätten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/epsco/2020/05/12/>

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=281>

2. Europäische Arzneimittelagentur erweitert Einsatz von Remdesivir auf schwer kranke Patienten mit Covid-19

Die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) hat am 11. Mai 2020 den Einsatz des noch nicht zugelassenen Medikaments Remdesivir auch bei schwer kranken Patienten mit Covid-19 empfohlen. Dies betrifft Patienten die zusätzlichen Sauerstoff, nicht-invasive Beatmung, hochfließende Sauerstoffgeräte oder ECMO (extrakorporale Membransauerstoffversorgung) benötigen. Nicht erfasst sind damit lediglich die schwersten Fälle, welche eine invasive Beatmung benötigen. Die aktualisierten Empfehlungen basieren auf vorläufigen Ergebnissen der NIAID-ACTT-Studie, die auf eine positive Wirkung von Remdesivir bei der Behandlung von Patienten mit schwerem COVID-19 hindeuten. Die EMA wertet diese Daten derzeit im Rahmen der laufenden Überprüfung von Remdesivir aus. Nach Abschluss dieser Überprüfung wird die EMA über die Zulassung des Medikaments entscheiden.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-recommends-expanding-remdesivir-compassionate-use-patients-not-mechanical-ventilation>

3. Europäischer Gerichtshof bestätigt Verbot von Dosierungsanleitungen für homöopathische Arzneimittel

Der Europäische Gerichtshof entschied am 23. April 2020, dass ein Verstoß gegen die Richtlinie zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel vorliegt, wenn die Packungsbeilage eines homöopathischen Arzneimittels andere als die in der Richtlinie aufgeführten Informationen enthält, insbesondere eine Dosierungsanleitung. Im Ausgangsfall hatte ein deutsches Unter-

nehmen, das homöopathische Produkte herstellt, beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) die Registrierung zweier homöopathischer Arzneimittel beantragt, deren Packungsbeilage eine Dosierungsanleitung enthielt. Das BfArM hatte die Registrierung der Arzneimittel nur mit der Auflage genehmigt, die Dosierungsanleitung in den Packungsbeilagen zu streichen. Das betroffene Unternehmen hatte daraufhin gegen diese Entscheidung Klage erhoben.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=225522&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=7227006>

4. EU-Kommission überprüft EU-Politiken für Agrarprodukte und Lebensmittel

Die EU-Kommission eröffnete am 8. Mai 2020 eine öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Politik der Europäischen Union (EU) zur Förderung von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen. Ziel dieser EU-Politik ist es, die Wettbewerbsfähigkeit und den Verbrauch von EU-Erzeugnissen innerhalb und außerhalb der EU zu steigern. Werbemaßnahmen trügen dazu bei, die Verbraucher für die Vorzüge landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Produktionsmethoden der EU zu sensibilisieren und das Bewusstsein für Produkte zu schärfen, die durch geografische Angaben oder durch Kennzeichnung als ökologische Erzeugnisse geschützt sind. Die EU-Kommission erbittet bis zum 11. September 2020 Rückmeldungen von Bürgern und Interessenträgern über die Wirksamkeit und Relevanz der derzeitigen Maßnahmen. Die Evaluierung ist für das vierte Quartal 2020 vorgesehen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/1859-Evaluation-of-the-EU-agricultural-promotion-policy>

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

1. EU-Minister für Telekommunikation für Rückverfolgungs-Apps zum Zwecke der Bewältigung der COVID-19-Krise

Die Telekommunikationsminister der EU-Mitgliedstaaten waren sich bei ihrer Videokonferenz am 5. Mai 2020 darüber einig, dass Tracking-Apps zur Nachverfolgung von Kontakten große Bedeutung bei der Lockerung von Maßnahmen im Gefolge der Corona-Pandemie zukomme. Notwendig sei ein koordinierter Ansatz auf europäischer Ebene. Die Systeme müssten grenzüberschreitend eingesetzt werden können. Wichtig sei vor allem aber auch, das Vertrauen der Bürger durch angemessenen Datenschutz zu gewährleisten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2020/05/05/>

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=270>

2. Europaabgeordnete betonen Erfordernis von Datenschutz bei Smartphone-Apps zur Nachverfolgung in Coronakrise

In einer Plenardebatte am 14. Mai 2020 stellten die Abgeordneten des EU-Parlaments fest, dass zusammen mit anderen COVID-19-bezogenen Maßnahmen wie soziale Distanzierung, Masken und Tests die Kontaktverfolgungs-Apps dazu beitragen könnten, die Ausbreitung der Pandemie zu begrenzen. Die meisten Abgeordneten betonten jedoch, dass die Sicherheit der personenbezogenen Daten und der Privatsphäre der Bürger gewährleistet sein müssen, wenn es um die Nutzung dieser Apps geht. Die meisten EU-Länder hätten bereits mobile Tracing-Apps auf den Markt gebracht oder beabsichtigten, Personen nachzuverfolgen, die infiziert sind oder Gefahr laufen, an dem Virus zu erkranken. Die Abgeordneten betonten, dass die Nachverfolgungs-Apps freiwillig, nichtdiskriminierend und transparent sein müssen. Die Anwendung müsse streng auf die Kontaktverfolgung beschränkt sein und die Daten müssten gelöscht werden, sobald die Situation dies zulässt. Die Europaabgeordneten betonten auch die Notwendigkeit eines koordinierten Ansatzes bei der Entwicklung und Nutzung der Apps, um ihre grenzüberschreitende Interoperabilität zu gewährleisten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200512IPR78915/covid-19-tracing-apps-meps-stress-the-need-to-preserve-citizens-privacy>

3. EU-Parlament veröffentlicht Studie zu Herausforderungen von digitalen Diensten und künstlicher Intelligenz für Verbraucherschutz

Das EU-Parlament hat am 5. Mai 2020 die Studie „Neue Aspekte und Herausforderungen im Verbraucherschutz - Digitale Dienste und künstliche Intelligenz“ veröffentlicht. Die Studie befasst sich mit den Herausforderungen durch künstliche Intelligenz, insbesondere im Hinblick auf Verbraucherschutz, Datenschutz und Haftung der Anbieter. Angesprochen werden Risiken für die Privatsphäre und Autonomie der Verbraucher sowie Möglichkeiten zur Entwicklung verbraucherfreundlicher Anwendungen von künstlicher Intelligenz.

[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/648790/I-POL_STU\(2020\)648790_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/648790/I-POL_STU(2020)648790_EN.pdf)

4. EU-Kommission erzielt Erfolge bei Bekämpfung von Desinformation auf Online-Plattformen

Die EU-Kommission begrüßte am 5. Mai 2020 einen Zwischenbericht zum Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation den die Europäischen Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste (ERGA) vorgelegt haben. Der Kodex ist seit Oktober 2018 in Kraft und wurde von Facebook, Google, Microsoft, Mozilla, Twitter und sieben europäischen Branchenverbänden unterzeichnet. Der Bericht kommt zum Ergebnis, dass der Verhaltenskodex die Grundlage für einen strukturierten Dialog geschaffen und sich trotz einiger Mängel positiv auf die Bekämpfung der Online-Desinformation ausgewirkt hat. Nach Auffassung der europäischen Medienregulierer könnte aber mit Regulierungen noch wirksamer gegen Desinformation vorgegangen werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200505-verhaltenskodex-desinformation_de

<https://erga-online.eu/wp-content/uploads/2020/05/ERGA-2019-report-published-2020-LQ.pdf>

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

Keine Annäherung bei Freihandelsgesprächen der Europäischen Union mit Großbritannien

In der zweiten Maiwoche 2020 fand die dritte Verhandlungsrunde zwischen der Europäischen Union (EU) und Großbritannien über ein Abkommen für ihre zukünftigen Beziehungen statt. EU-Chefunterhändler Michel Barnier bekräftigte am 15. Mai 2020 nach Abschluss der Verhandlungsrunde den Wunsch der EU nach einem ehrgeizigen Partnerschaftsabkommen mit hohen Standards im Interesse der Verbraucher. Die britische Seite lehne jedoch weiterhin den Grundsatz gleicher Wettbewerbsbedingungen („level playing field“) ab. Die EU-Mitgliedstaaten seien sich jedoch einig, ohne diesen Grundsatz kein Partnerschaftsabkommen abzuschließen. Die nächste Verhandlungsrunde findet in der ersten Juniwoche 2020 statt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/SPEECH_20_895

TERMINVORSCHAU

Rat

Videokonferenz der Minister für Tourismus

Aussprache über das Tourismus-Paket der Kommission vom 13. Mai 2020.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 1. Teil (20. Mai 2020)

Informelle Videokonferenz auf Ministerebene „Tourismus“ am 20. Mai 2020 (Vorbereitung); COVID-19-bezogene Initiativen (Clearingstelle, Instrument für Soforthilfe); Schlussfolgerungen zu den Maßnahmen der EU in den Bereichen Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung (Sonderbericht Nr. 1/2020 des Europäischen Rechnungshofs).

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 2. Teil (20. Mai 2020)

Verordnung und Richtlinie über Crowdfunding (Politische Einigung)

Europäisches Parlament

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (18. Mai 2020)

Aussprache mit EU-Kommissar Thierry Breton über die Exit-Strategie; Produktsicherheit im Binnenmarkt; Rahmen für ethische Aspekte der künstlichen Intelligenz.

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (18. Mai 2020)

Aussprache mit Guido Rasi, Exekutivdirektor der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA), über die Tätigkeiten der EMA im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und über die Aussichten für die Zukunft

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (20. Mai 2020)

Aussprache mit Monique Goyens, Generaldirektorin des Europäischen Verbraucherverbands (BEUC) und Markus Beyrer, Generaldirektor von Business-Europe; Gesetz über digitale Dienste: Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarkts; Regelung der zivilrechtlichen Haftung beim Einsatz künstlicher Intelligenz.

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und Ausschuss für internationalen Handel (25. Mai 2020)

Empfehlungen zu den Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland.

Ausschuss für Verkehr und Tourismus (28. Mai)

Aussprache über das Tourismus-Paket der Kommission vom 13. Mai 2020; Empfehlungen zu den Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland.

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (20. Mai 2020)

Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ für eine nachhaltige Lebensmittelkette in Europa; Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt für 2030.

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (27. Mai 2020)

Vorschlag für Mehrjährigen Finanzrahmen und für Wiederaufbaufonds.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft – Fernteilnahme (26. Mai 2020)

Aussprache über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie.

Europäischer Ausschuss der Regionen

Fachkommission für Kohäsionspolitik und Haushalt (COTER) – Fernteilnahme (28. Mai 2020)

Aussprache über die Lage im Zusammenhang mit Covid-19.

Europäischer Gerichtshof

Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-392/19 (28. Mai 2020)

Urheberrechtsverletzung durch Einbetten von Vorschaubildern auf Internetseiten Dritter („Framing“)?

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)